

Um die Uni droht neuer Knatsch

Partnerschaft Dass Baselland Kostenteiler neu aushandeln will, stösst in Basel auf Ablehnung

VON HANS-MARTIN JERMANN

Das deutliche Ja des Baselbieter Volks zu den 15 Millionen Franken an die Sanierung der Universitäts-Pensionskasse wird im Partnerkanton Basel-Stadt mit Freude zur Kenntnis genommen. Der Entscheid könne auch als Bestätigung der gemeinsamen Universitäts-Eigentümerschaft angesehen werden, sagt der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP). In den nicht immer einfachen Beziehungen zwischen Basel und Liestal stehen die Zeichen derzeit also auf Harmonie.

Allerdings droht in nicht zu ferner Zukunft neuer Knatsch: Der Baselbieter Regierungspräsident Anton Lauber (CVP) hat kurz vor der Volksabstimmung angekündigt, den im Staatsvertrag zur gemeinsamen Universität festgelegten Finanzierungsschlüssel mit Basel-Stadt neu aushandeln zu wollen. Heute wird das Restdefizit der Uni von den beiden Trägerkantonen je hälftig getragen. Ebenso werden grosse Infrastrukturvorhaben wie aktuell der Bau des Biozentrums 50:50 finanziert. Dass mittel- bis langfristig ein Kostenteiler zur Anwendung gelangen soll, der die Leistungsfähigkeit der Kantone berücksichtigt, ist unter Baselbieter Politikern mittlerweile fast schon Common Sense.

Basel müsste doppelt bezahlen

Anders die Stimmung in Basel: «Unsere Regierung sollte nicht Hand bieten für eine Abweichung von der paritätischen Finanzierung», findet FDP-Grossrat und Parteipräsident Luca Urgese. Diese stelle eine wichtige Errungenschaft in der Partnerschaft beider Basel dar. Im Nationalen Finanzausgleich (NFA) gebe es Instrumente, welche die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Kantone berücksichtigen. «Wenn wir dieses Prinzip auf die Finanzierung gemeinsamer Institutionen ausdehnen, dann bezahlt der Leistungsfähige gleich doppelt», gibt Urgese zu bedenken.

Auch SVP-Grossrat Joël Thüring ist grundsätzlich der Meinung, dass die gemeinsame Universität paritätisch finanziert werden soll. Anstatt am Kostenteiler zu schrauben, sollten die beiden Regierungen auf eine bessere Verankerung der Uni im Baselbiet hinarbeiten. Dies etwa mit einem prominenten Uni-Standort Liestal, «was ich begrüßen würde», wie Thüring betont. Er sei nicht partout gegen eine Neuverhandlung des Kostenteilers. «Doch dann muss diese eingebettet sein in eine Gesamtchau zu den gemeinsam finanzierten Leistungen und Institutionen.» Rücksicht auf die derzeitige Situation in der Baselbieter



Wie viel soll die Uni im neuen Leistungsauftrag ab 2018 sparen müssen? Darüber verhandeln nun die Regierungen.

25

Millionen Franken will die Baselbieter Regierung pro Jahr bei der gemeinsam mit Basel getragenen Universität sparen. An diesem vor Jahresfrist formulierten Ziel hält die Regierung fest.

Kantonskasse könne man dabei freilich nicht nehmen, stellt Thüring klar.

Und was ist mit der Kultur?

Ähnlich argumentiert auf der anderen Seite des politischen Spektrums SP-Grossrat Martin Lüchinger. Er sei nicht prinzipiell gegen einen Finanzierungsschlüssel, der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtige. «Beim Kulturvertrag und der Abgeltung anderer Zentrumsleistungen ist Baselland heute aber weit von einer Beteiligung gemäss seiner Leistungsfähigkeit entfernt», gibt Lüchinger zu bedenken. Würde dieses Prinzip konsequent angewendet, was aus Basler Sicht zu fordern sei, dann kämen die partnerschaftlichen Verpflichtungen Baselland wohl teurer zu stehen als heute, fügt Lüchinger an.

Auf einem anderen Blatt steht für FDP-Präsident Urgese, ob die beiden Basel im Rahmen des Leistungsauftrags 2018 bis 2021 ihre Beiträge an die Uni senken. Urgese fordert von seiner Regierung, dass sie im

Rahmen der Beratungen zum Leistungsauftrag Ende 2016/Anfang 2017 dem Parlament aufzeige, was eine Kürzung der Kantonsbeiträge bedeuten würde. Die Regierungen beider Basel haben sich im Rahmen des 80-Millionen-Deals auf Baselbieter Druck hin darauf geeinigt, beim kommenden Uni-Leistungsauftrag Geld sparen zu wollen. Bis anhin ist der Beitrag der Kantone an die Universität Basel in jeder Leistungsperiode gestiegen. «Man darf hinterfragen, ob dies auch in Zukunft so sein muss», sagte die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog (SP) bei Verkündung der Regierungsvereinbarung am 23. Oktober 2015.

Die Vorgabe gelte weiterhin, sagt nun Erziehungsdirektor Eymann. Konkrete Sparziele seien noch keine formuliert worden. Der Budgetantrag der Uni trifft im Oktober ein. «Ich werde mich dagegen wehren, dass vitale Teile der Universität betroffen werden», sagt Eymann. Schon der Leistungsauftrag könnte in den Verhandlungen der Regierungen also zur Knacknuss werden.

PRESSESCHAU



«Vordergründig ist es um die 15 Millionen für die Pensionskasse gegangen. Aber mitgeschwungen hat immer auch die Frage, ob man der Partnerschaft mit Basel-Stadt vertraut. Soll sich das Baselbiet die Zeit nehmen, um mit der Stadt über die Zukunft der Uni zu diskutieren, oder lässt man es zum Eklat kommen? Zwei Drittel der Baselbieterinnen und Baselbieter, die abgestimmt haben, wollten diesen Eklat nicht. Sie wollen Politiker, die sich auch einmal Zeit nehmen können zum Verhandeln. Und das ist gut für die Region.»

DIETER KOHLER

Basler Zeitung

«Das Baselbieter Stimmvolk hat am Wochenende mit seinem Ja zur Reform der Uni-Pensionskasse in erster Linie einen Entscheid zugunsten des Forschungs- und Wirtschaftsstandorts Nordwestschweiz gefällt und dabei partnerschaftlichen Experimenten und Unwägbarkeiten eine Absage erteilt. Die Baselbieterinnen und Baselbieter haben sich auch von den nicht immer sehr geschickten Diskussionsbeiträgen im Zusammenhang mit einem Standort Liestal für die juristische Fakultät nicht kopscheu machen lassen. Die 64 Prozent Ja-Stimmen bedeuten einen Entscheid der Vernunft. Möglicherweise wurde dieser mit der Entlastungszahlung in der Höhe von 80 Millionen aus der Stadt begünstigt, auch wenn diese am Schluss kaum mehr ausschlaggebend gewesen war.»

THOMAS GUBLER

TagesWoche

«Bei der Universität geht es nun Schlag auf Schlag weiter. Sie muss noch in diesem Jahr eine überzeugende Strategie für die nächste Leistungsauftragsperiode ab 2018 präsentieren, die als Verhandlungsbasis für eine Erneuerung des Universitätsvertrags dienen wird. Die heute noch amtierenden verantwortlichen Regierungen von Basel-Stadt, Erziehungsdirektor Christoph Eymann und Regierungspräsident Guy Morin, treten beide auf Ende der laufenden Legislaturperiode zurück. Auf ihre Nachfolgerinnen oder Nachfolger wird also bereits zu Amtsbeginn eine harte Bewährungsprobe zukommen.»

DOMINIQUE SPIRGI

Nein aus Füllinsdorf beunruhigt EBL nicht

Windkraft Das erste Baselbieter Windkraft-Projekt, das an die Urne kam, wurde abgelehnt. Die Elektra Baselland will aber deshalb am Schleifenberg nicht zurückbuchstabieren.

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Diese Abstimmung stand am vergangenen Wochenende zwar nicht im Mittelpunkt, aber sie war trotzdem ein Ereignis mit Neuigkeitswert: Zum ersten Mal konnten sich im Baselbiet Stimmbürger an der Urne zur Windkraft äussern. Geschehen ist das in Füllinsdorf, wo die Bürger die Projektierung einer Windkraftanlage durch die Elektra Baselland (EBL) auf Land der Bürgergemeinde mit fast einem Zweidrittelmehr ablehnten (bz von gestern). Ist das nun das Ende der EBL-Windkraftpläne am Schleifenberg mit vier geplanten Windrädern?

«Nein, sicher nicht. Das Projekt ist dadurch überhaupt nicht infrage gestellt», sagt EBL-CEO Urs Steiner. Die Platzierung der Windräder - drei auf Liestaler Boden und eines in Füllinsdorf - habe sowieso nur provisorischen Charakter gehabt. Jetzt müsse man die vier Anlagen anders auf Liestaler Boden platzieren. Denn nebst

Füllinsdorf scheidet auch Arisdorf als potenzieller Standort aus, wo die Bürgergemeinde der Windkraft bereits letztes Jahr einen Korb erteilte. Entscheidend für den definitiven Standort seien sowieso die Windmessungen, ergänzt Steiner. Und diese sollen im nächsten Oktober beginnen und eineinhalb Jahre dauern.

«Wir knicken nicht so schnell ein»

Steiner will auch nichts von einer Signalwirkung der Füllinsdörper Abstimmung wissen, wie es die aktiven lokalen Windkraft-Gegner gerne sehen wollen. Solche Resultate seien immer auch das Abbild der Werbung, die zuvor gemacht worden sei. In der Schweiz gebe es handkehrum zahlreiche Positiv-Abstimmungen zur Windkraft.

Und Steiner stellt klar: «Wir sind uns Gegenwind bei Projekten zu erneuerbaren Energien gewohnt, ob bei Wasser- oder Windkraftanlagen. Wir wollen aber erneuerbare Energien und knicken nicht so schnell ein.»

Im Baselbiet hat für die EBL die Nutzung der Windkraft am Schleifenberg weiterhin Priorität. Hier sei man klar am weitesten. Weiter sei man in den vergangenen Monaten aber auch bei den beiden andern geplanten Windparks in Itingen-Zunzgen und Reigoldswil-Ziefen gekommen, sagt Steiner. Doch darüber wolle man in den nächsten

«Unser Windkraftprojekt am Schleifenberg ist durch das Füllinsdörper Abstimmungsresultat überhaupt nicht infrage gestellt.»

Urs Steiner
CEO Elektra Baselland

Wochen zuerst die involvierten Gemeinden informieren. Ist Steiners Plan, nach dem Füllinsdörper Abstimmungsdebakel in Liestal vier statt drei Windräder zu platzieren, falls die Windverhältnisse stimmen, überhaupt möglich? Denn der Liestaler Bürgergemeindeversammlung hat die EBL letzten Herbst noch ein Projekt mit drei Windrädern auf deren Boden verkauft, was die Versammlung übrigens überaus deutlich befürwortete.

Daniel Wenk, Leiter der Bürgergemeinde Liestal, verweist auf den mittlerweile von beiden Partnern unterzeichnete Standortvertrag: «Dieser berechtigt die EBL zum Stellen eines Windmessmastes und zur Planung einer Windkraftanlage. Dabei ist von einem Windpark und nicht von der Zahl der möglichen Windräder die Rede.» Man habe zwar immer von drei Windrädern gesprochen, aber die definitive Zahl hänge von den Windmessungen ab. Und diese Zahl werde erst im Baurechtsvertrag zwischen Bürgergemeinde und EBL fixiert.

Bis dieser Vertrag, den Wenk «als Ende der Fahnenstange» bezeichnet, steht, geht allerdings noch mancher Sturm über Liestal. Denn wenn die EBL aufgrund der Windmessungen weiss, wo genau sie wie viele Windräder aufstellen will, muss der Einwohnerrat zuerst noch eine entsprechende Zonenplanänderung bewilligen. Und diese ist referendumsfähig.

NACHRICHTEN

LAUSEN

Schwarze statt rote Zahlen in der Rechnung

Die Rechnung 2015 der Gemeinde Lausen weist einen Gewinn von 110 000 Franken aus, der Gesamtaufwand beläuft sich auf 19,57 Millionen. Budgetiert war ein Verlust von 466 000 Franken. «Zu diesem positiven Ergebnis haben praktisch alle Bereiche beigetragen. Am stärksten sind jedoch die Steuereinnahmen und der Finanzausgleich gestiegen», hält der Lausener Gemeinderat fest. Die Nettoinvestitionen nahmen letztes Jahr um 800 000 Franken zu. Im Jahr 2014 schloss die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 433 000 Franken ab. (bz)

HÖLSTEIN

Simone Wisler wird neue Vizepräsidentin

Nachdem Gemeindepräsident Gabriel Antonutti in stiller Wahl bestätigt worden war, bestimmte der Gemeinderat Simone Wisler zur neuen Vizepräsidentin der Behörde. Wisler löst auf Anfang Juli im Vizepräsidium Peter Eglin ab, der zu den Wahlen von Ende Februar nicht mehr angetreten ist und deshalb Ende Monat aus dem Hölsteiner Gemeinderat ausscheiden wird. (bz)